

Vergabenummer: RLS 0-007-2017

Baumaßnahme: Neubau Rosa-Luxemburg-Stiftung, Straße der Pariser Kommune 8, 12459 Berlin

Leistung: Los 07 – Verblendmauerwerk

Ergänzung der Aufforderung zur Abgabe eines Angebots
Ergänzung der Zusätzlichen Vertragsbedingungen

Klausel gegen das Darstellen rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Inhalte bei Auftragnehmern von Dienstleistungen

- 1) Der Auftragnehmer bekennt mit seiner Unterschrift, dass von ihm und/oder seinen Mitarbeiter/innen während der Erbringung der Dienstleistung weder in Wort noch in Schrift, Symbolik, Bild, Kleidung oder Gestik rechtsextreme, rassistische und antisemitische Inhalte geäußert, dargestellt oder verbreitet werden.
- 2) Der Auftragnehmer versichert, dass von ihm und/oder seinen Mitarbeiter/innen während der Erbringung der Dienstleistung keine Kleidungsstücke, Schriftzüge, Symboliken, Bilder oder Aufschriften getragen werden, die in der Öffentlichkeit mit einem Bezug zu rechtsextremen Szene wahrgenommen werden.

Erläuterung:

Ad 1) Dem Auftragnehmer wird deutlich signalisiert, dass rechtsextreme, rassistische und antisemitische Inhalte von Seiten des Auftraggebers nicht toleriert werden. Die Nachweispflicht, dass die Ausdruckformen rechtsextrem, rassistisch oder antisemitisch sind, besteht in diesem Fall jedoch beim Auftraggeber. Juristisch ließe sich ein rechtsextremer, rassistischer und antisemitischer Charakter der Ausdrucksformen zwar durchaus feststellen, das wäre allerdings langwierig und zeitaufwändig. Deshalb sollte Klausel 1) mit Klausel 2) kombiniert werden.

Ad 2) Ein Vertragsbruch besteht hier bereits dann, wenn die dargestellten Inhalte in der Öffentlichkeit als rechtsextrem wahrgenommen werden, d.h. der Auftraggeber ist nicht verpflichtet, selbst nachzuweisen, dass die Kleidungsstücke, Symboliken etc. tatsächlich rechtsextrem sind. Vielmehr reicht die Wahrnehmung der Zeichen u.ä. in der Öffentlichkeit aus, um einen Vertragsbruch festzustellen.